

Blickpunkt Berlin

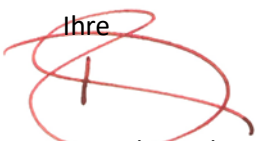


Liebe Leserinnen und Leser,

das feierliche Gelöbnis zwischen Kanzleramt und Paul-Löbe-Haus hat mich in dieser Woche sehr berührt: 280 Rekrutinnen und Rekruten haben – auf den Tag genau 70 Jahre nach Gründung der Bundeswehr – ihr Versprechen abgelegt, unser Land und seine Menschen im Ernstfall zu schützen. Sie sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und im Zweifel ihr eigenes Leben zu riskieren. Die Bundeswehr steht für die Sicherheit Deutschlands; im In- und Ausland setzen sich unsere Soldatinnen und Soldaten für Frieden und Freiheit ein. Dafür gilt ihnen unser tief empfundener Dank.

Mit großem Interesse wurde zu Beginn der Sitzungswoche die öffentliche Beratung zur Petition „Kein Zugang zu sozialen Medien für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren“ verfolgt. Mein Dank gilt außerdem unseren Haushaltern: Diese Koalition entlastet Wirtschaft und Verbraucherinnen und Verbraucher spürbar. Im Plenum habe ich in dieser Woche gleich zu zwei Oppositionsanträgen gesprochen: zur Forderung, Bundestagsabgeordnete vollständig in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, sowie zur Abschaffung der sogenannten Analogleistungen im Asylbewerberleistungsgesetz.

Ich freue mich wie immer über Anregungen, Ideen sowie Kritik und wünsche Ihnen ein erholsames Wochenende.

Ihre

Dr. Hülya Düber

Kinder- und Jugendschutz: Social Media erst ab 16?

Als amtierende Vorsitzende des Petitionsausschusses leitete ich zu Wochenbeginn eine öffentliche Beratung zu zwei wichtigen Anliegen: dem vorgeschlagenen Mindestalter von 16 Jahren für die Nutzung sozialer Medien und dem Erhalt des freien Zugangs zur Psychotherapie.

Mit ihrer Petition hat Verena Holler vom Verein *Smarter Start ab 14* einen Nerv getroffen. Exzessiver Handykonsum und die ungefilterte Nutzung sozialer Medien belasten Eltern, Lehrkräfte und Kinder gleichermaßen. Berichte über Zehnjährige, die pornografische Inhalte sehen, oder Jugendliche, die die Nächte durchspielen und im Unterricht schlafen, sind alarmierend.



Die Bundesregierung hat den Handlungsbedarf erkannt. Union und SPD wollen den Kinder- und Jugendschutz im digitalen Raum stärken. Mit der Einsetzung einer Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ wurde ein Teil der Forderung bereits umgesetzt. Und auch auf europäischer Ebene, unter dänischem Vorsitz im Ministerrat, soll zügig an strengeren gemeinsamen Regeln gearbeitet werden.

Der Bundeshaushalt steht

Die Koalition setzt auf Zukunft, Sicherheit und Entlastung. Wir stärken innere und äußere Sicherheit und schaffen Spielräume für Investitionen – insbesondere in die Infrastruktur.

Nachdem Unternehmen 2025 bereits von der Gasspeicherumlage befreit wurden, haben unsere Haushälter in der Bereinigungssitzung zum Bundeshaushalt 2026 weitere wichtige Entlastungen beschlossen: Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie erhöhen wir die Strompreiskompensation um eine Milliarde Euro. Ab 2026 bezuschussen wir zudem die Übertragungsnetzkosten mit 6,5 Milliarden Euro – das senkt die Strompreise für Bürger und Betriebe.

Weitere Entlastungen betreffen Pendlerinnen und Pendler sowie die Gastronomie, etwa durch die Erhöhung der Entfernungspauschale und die Absenkung der Mehrwertsteuer auf Speisen in Restaurants. Ich bin zuversichtlich, dass wir hier mit den Ländern zu einer guten Lösung kommen.

Auch der Bürokratieabbau wird fest im Haushalt verankert: Vereinfachte Verfahren und klare Zuständigkeiten sollen Verwaltung und digitale Infrastruktur zukunftsfest machen.

Der neue Wehrdienst kommt

Am Mittwoch wurden Abgeordnete, Regierungsvertreter, Militärs und rund 600 Angehörige Zeugen eines eindrucksvollen Gelöbnisses. 280 Rekrutinnen und Rekruten gaben ihr feierliches Versprechen – ein würdiger Rahmen für den 70. Jahrestag der Bundeswehr.

Die sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen unserer Zeit dulden keinen Aufschub. Deshalb halte ich es für richtig, dass der neue Wehrdienst kommt. Wir setzen dabei auf eine ausgewogene Mischung aus Freiwilligkeit und Verpflichtung. Die Bundeswehr ist ein verlässlicher Partner im NATO-Bündnis; um den notwendigen Personalbedarf zu sichern, wird die **Wehrerfassung** wieder aufgenommen. Alle Volljährigen erhalten einen Fragebogen – für Männer verpflichtend –, der Motivation und Eignung erfasst. Auch Hinweise zum Bundesfreiwilligendienst sind enthalten.

Ab kommendem Jahr beginnt die Pflicht zur Musterung. Der freiwillige Wehrdienst bleibt bestehen. Sollte die Zahl der Freiwilligen nicht ausreichen, kann der Bundestag eine Bedarfswehrpflicht für Männer beschließen, eine klare Position der CSU. Gleichzeitig schaffen wir attraktive Angebote: Wer freiwillig dient, erhält rund 2.600 Euro brutto monatlich; bei einer Verpflichtung von mindestens einem Jahr wird ein Zuschuss zum Pkw- oder Lkw-Führerschein gewährt.



Meine Reden im Plenum

Am heutigen Freitag durfte ich gleich zwei Reden im Plenum halten. Die erste Rede bezog sich auf den Antrag der Linken zur *Einbeziehung von Abgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung*. Ich habe deutlich gemacht, dass der Antrag irreführend ist: Hinter der Überschrift verbirgt sich ein weitreichender Systemumbau, der weder gut begründet noch geeignet ist, die Rentenversicherung langfristig zu stabilisieren. Wir brauchen eine ganzheitliche Analyse – genau dafür wurde die Rentenkommission eingesetzt. Die besondere verfassungsrechtliche Stellung des freien Mandats und die Alterssicherung von Abgeordneten dürfen dabei nicht mit Symbolpolitik vermischt werden.

Die vollständige Rede finden Sie unter folgendem Link:

<https://www.bundestag.de/mediathek/video?videoid=7644958>

In meiner zweiten Rede habe ich den Antrag der AfD zur Streichung der Analogleistungen nach § 2 AsylbLG klar zurückgewiesen. Der Titel „Dauerduldungen unattraktiver machen“ zeigt bereits, worum es der AfD geht: populistische Vereinfachungen statt seriöser Ordnungspolitik.

Ich habe deutlich gemacht, dass wir längst eine **echte Migrationswende** erleben seit Bundesinnenminister Alexander Dobrindt im Amt ist. Mit Rückführungsabkommen, schnelleren Identitätsprüfungen, konsequenter Anwendung der Dublin-Regeln und der von der Union durchgesetzten Verlängerung der Wartefrist für Analogleistungen auf 36 Monate setzen wir auf wirksame Steuerung und klare Ordnung.

Der AfD-Antrag ignoriert diese Realität und unterstellt falsche Anreize. Geduldete bleiben nicht wegen finanzieller Leistungen, sondern weil Papiere fehlen, Abschiebehindernisse bestehen oder Abkommen noch nicht greifen. Diese Herausforderungen lösen wir durch Diplomatie, Durchsetzung und Rechtsstaatlichkeit – nicht durch Kürzungen, die verfassungswidrig wären.

Ich habe betont: **Das Existenzminimum ist migrationspolitisch nicht relativierbar**. Das hat das Bundesverfassungsgericht mehrfach klargestellt. Wer das ignoriert, schafft nicht Ordnung, sondern Rechtsunsicherheit.

Die vollständige Plenarrede finden Sie hier:

<https://www.bundestag.de/mediathek/video?videoid=7645010>



Koalition verschärft Kampf gegen Schwarzarbeit

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung schaden unserem Gemeinwesen massiv: Sie entziehen dem Staat wichtige Steuereinnahmen, schwächen die Sozialversicherungssysteme und verdrängen legale Arbeitsplätze. Betroffene Beschäftigte verlieren nicht nur ihren Anspruch auf faire Arbeitsbedingungen, sondern auch auf eine auskömmliche Rente und soziale Absicherung.

Die unionsgeführte Koalition stärkt deshalb mit einem neuen Gesetz die „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ (FKS) des Zolls. Künftig erhält die FKS deutlich erweiterte Ermittlungsbefugnisse, besseren Zugriff auf digitale Daten und kann Informationen schneller mit Polizei, Steuerfahndung und anderen Behörden austauschen. Auch moderne Analysemethoden wie Künstliche Intelligenz sollen helfen, verdächtige Muster zu erkennen. Die Mitwirkungspflichten für Unternehmen und Beschäftigte werden klarer gefasst.

Neu im Fokus stehen zudem besonders anfällige Branchen wie das Friseur- und Kosmetikgewerbe, Barbershops, Nagelstudios sowie plattformbasierte Lieferdienste. Dort kommt es häufig zu Ausbeutung, Steuerbetrug und schweren Formen organisierter Kriminalität. Mit verschärften Strafen und erweiterten Kontrollmöglichkeiten kann der Staat künftig gezielter und effektiver gegen kriminelle Netzwerke vorgehen.

Besuch einer chinesischen Delegation



Zwischen den namentlichen Abstimmungen begrüßte ich am Donnerstag eine Delegation des chinesischen Nationalamts für Petitionsarbeit – begleitet vom Botschafter der Volksrepublik China, Deng Hongbo. Solche Gespräche sind enorm wichtig – nicht zuletzt angesichts der engen Wirtschaftsbeziehungen, etwa des BMW-Standorts Shenyang mit dem Gemeinschaftsunternehmen BMW Brilliance Automotive.

Im Mittelpunkt stand der Dialog über unsere unterschiedlichen Petitionssysteme, deren Strukturen und die Bedeutung direkter Bürgerbeteiligung für staatliches Handeln.

Solche Gespräche zeigen immer wieder, wie wichtig Transparenz und ein verlässliches Beschwerdewesen für das Vertrauen der Menschen in staatliche Institutionen sind.

Gerade im Petitionsausschuss erleben wir täglich, wie wertvoll dieser unmittelbare Draht zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Parlament ist. Der Austausch heute hat verdeutlicht: Der Schutz von Rechten, der Umgang mit Beschwerden und der Wille zuzuhören sind internationale Aufgaben.

Schulklassen zu Gast in Berlin



Schülerinnen und Schüler der St. Ursula-Schule und der Wolffskeel-Realschule waren in dieser Woche mit ihren Lehrerinnen und Lehrern zu Gast in Berlin und erlebten zwischen Reichstagskuppel und Alexanderplatz ereignisreiche Tage. Herzlichen Dank für Euren Besuch! @DBT / von Saldern / Haar



Stilles Gedenken am Volkstrauertag

Am Sonntag gedenken wir zum Volkstrauertag der Toten von Krieg und Gewalt. Erstmals erinnern wir in diesem Jahr ausdrücklich auch an die Menschen, die während des Nationalsozialismus aufgrund ihrer geschlechtlichen oder sexuellen Identität verfolgt und ermordet wurden. Wir gedenken zudem der im Einsatz getöteten Polizistinnen und Polizisten, der Opfer der beiden Weltkriege, der NS-Herrschaft sowie aktueller Kriege und Gewalttaten. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge erhält im Bundeshaushalt 2026 eine Erhöhung der Mittel um 2,5 Millionen Euro – ein wichtiges Zeichen für unsere Verantwortung in der Welt.